



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Cleinow, Georg: Brest-Litowsk, Schlußakt : Rückblick

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

der Parteiville, d. h. die Ansicht der Parteileitung. Im übrigen decken sich beide Vorschläge. Auch Niekcs berücksichtigt den Fall, daß ein Wähler nur Person wählen will, er hat dann den zuzweit vorgedruckten Parteinamen zu durchstreichen und muß es sich gefallen lassen, daß ein bei seinem Kandidaten etwa erzielter Überschuß über die „Stimmensumme“ (Wahlzahl, Verhältniszahl) unter den Tisch fällt bzw. die auf diesen entfallenen Stimmen überhaupt, sofern sie den Durchschnitt nicht erreichen. (Genau so wie bei Fraenkel S. 89, 90.) Bei dem von Niekcs entwickelten Verfahren gelingt es in der Tat, „aus der Alleinherrschaft der Parteschablone herauszukommen. Es würden mehr Persönlichkeiten und weniger Parteschablonenmänner in die Volksvertretung gewählt werden.“

Da das Prinzip der Mehrheitswahl (abgesehen von den sonstigen von Fraenkel erwähnten Schattenseiten) die Gefahr in sich schließt, daß eine große Partei mit zunehmender Kopfstärke — wie bei uns die Sozialdemokratie — mit der Zeit in den Stand gesetzt wird, die anderen zu majorisieren, wie Niekcs am Schluß seiner Broschüre in Zahlen überzeugend darlegt, so ist seine Abschaffung eine dringende Forderung, will man nicht die schon sowieso durch die Regierungsvorlage eingeleitete Radikalisierung unseres Parlamentes ins Uferlose weitererschreiten lassen. Über künstliche Hemmungen und Fälschungen des „Volks“willens könnte man sich von seiten der extremen Linken nicht beklagen, denn gerade das Alternativ-Verfahren „würde jeder Partei das ihrige geben“, insonderheit der Sozialdemokratie „das Höchstmäß dessen, was sie verlangen kann“, so daß sie immer noch im Abgeordnetenhaus zur mächtigsten Partei wird. Ausgeschlossen aber wäre wenigstens, daß „an Stelle der politischen Gleichberechtigung eines Tages unversehens die Alleinherrschaft des Proletariats tritt.“



## Brest-Litowsk, Schlußakt

Von Georg Kleinow

Rückbild



er Vorhang fiel langsam über dem Schauspiel von Vitauisch-Brest, so langsam, daß es noch während seines Herabgehens eine große Überraschung geben konnte: Trozki, der erste Held des Stückes, entlarvte sich selbst als bössartiger Narr und heimtückischer Erpresser. Es ist kein Heldentum in ihm, von welchem Parteistandpunkt man ihn auch bewerten wollte. Es mangelt ihm Verantwortungsfreudigkeit, das ist die Voraussetzung jeden Heldentums. Kein Freund der Menschheit, auch keine tragische Größe! wohl aber ein engherziger, eigenlüchtiger Parteimensch, — brutal in kleinen, ein schwankendes Rohr in den großen Dingen, um die es doch für

Rußland und die Russen ging, auch nachdem es feststand, daß ein allgemeiner Frieden nicht zustande kommen würde. Wir hatten einen dramatischeren Abgang erwartet!

Während die maximalistische Regierung ihre Banden in Finnland und Kijew einsacken ließ, die kaum verkündete Freiheit niederzutreten, während Herr Trotzki in Brest stündlich die Mitteilung vom Sieg einer angeblich in Wien und Berlin ausgebrochenen Revolution, sowie vom Zusammenbruch der deutschen Macht in Warschau erwartete, unterzeichneten die Vertreter der Ukraina am Sonnabend, den 9. Februar 1918, früh 2 Uhr das Friedensprotokoll mit den Mittelmächten.

Herr Trotzki hatte sich in eine Sackgasse hineingearbeitet, aus der es kein Entrinnen zu geben schien. Sein Verhängnis ist es gewesen, daß er nach der Ausplünderung Ostlands es unternahm, auch die friedliche Entwicklung der Ukraina anzutasten, die sich unter der Leitung der vielköpfigen, aber zielsicheren Rada zu Kijew anzubahnen begann. Das Vorgehen der roten Banden in Ostland öffnete den Ukrainern rechtzeitig die Augen darüber, was ihren eigenen Reichtümern drohte. Der Versuch Trotzki's, von Charkow aus — wir müssen wohl fortab ukrainisch Charkiw und Kyjiw sagen — die Macht der nordrussischen Arbeiter- und Soldatenräte über die der ukrainischen Volksrada zu setzen, zwang den Ukrainern den Entschluß auf, sich vom anarchistischen Nordrußland politisch zu trennen. Daß die verantwortlichen Personen sich zu diesem Schritt nur schwer entschlossen haben konnten, wissen wir aus der jüngst in den „Grenzboten“ veröffentlichten Zusammenstellung von Herrn Professor Rindl. In einer fast zweihundertjährigen gemeinsamen Geschichte spinnen sich zwischen zwei verwandten Völkern doch so viele Fäden hinüber und herüber, daß ihre staatsmännischen Führer darüber nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen können. Sie heißen Berücksichtigung.

Natürlich war der Schritt schließlich nur möglich, wenn die deutschen Unterhändler davon abließen, sich von Herrn Trotzki imponieren zu lassen. Und von diesem Gesichtspunkt aus ist seit dem 12. Januar, das ist seit dem Tage, an dem Herr Trotzki eine Sicherheit dafür forderte, daß die Mittelmächte sich nicht in die inneren Verhältnisse Rußlands einmischten („Grenzboten“ Heft 3 Seite 80), tatkräftig und geschickt verhandelt worden. Herr von Kühlmann hat, unterstützt von einem Teil der deutschen Presse in den letzten Wochen den Ton gefunden, der dem Feinde Achtung gebietet und Vertrauen bei den Bedrängten weckt. Wäre die deutsche sogenannte annexionistische Presse nicht so freimütig in ihrer Kritik an den anfänglich beliebten Verhandlungsmethoden gewesen, die Kijewer Herren hätten den Weg zu uns kaum gefunden. Diejenigen Organe der deutschen Presse, die allen Anfeindungen zum Trotz ihren ablehnenden Standpunkt gegen Trotzki und Genossen mutig vertreten haben und Herrn von Kühlmann den Rücken stärkten, dürfen sich somit auch einen Teil des Verdienstes am Zustandekommen des Friedens mit der Ukraina gut schreiben. Nachdem die Machtfrage durch Herrn Trotzki aufgeworfen war, mußten wir selbst bereit sein, uns als die mächtigeren zu bekennen. Kraft gebiert Vertrauen!

#### Umschau

Das Ergebnis der Verhandlungen von Witauisch-Brest bleibt sehr erheblich hinter dem zurück, was viele erhofft hatten, daß es erreicht werden könnte, —

daneben aber wurden neue Tatsachen geschaffen, auf die wir nicht vorbereitet sein konnten. Vergessen wir nicht: wir suchten einen Frieden mit ganz Rußland sowie die Sicherung unserer Ostgrenze. Statt dessen haben wir nur einen Frieden mit einem Teil des ehemaligen Rußland, eben mit der Ukraina, und keine Grenzsicherung.

Eine große Überraschung ist uns die Grenzfestsetzung gegen Polen. Es handelt sich um eine internationale Verewigung jenes von Stolypin 1911 geschaffenen Gesetzes, das den südöstlichen Teil Kongreßpolens, das sogenannte Cholmer Land, aus den alten Gouvernements Lublin und Siedlez herauschnitt. Die Polen haben jene Verwaltungsmaßnahme, die eine intensivere Russifizierung des neu zusammengefaßten Gebietes einleitete, als vierte Teilung Polens gekennzeichnet. Nach dem berühmten Erlaß vom 5. November 1916 haben sie bestimmt damit gerechnet, und besonders die österreichisch-ungarischen Maßnahmen gaben ihnen auch eine gewisse Berechtigung dazu, daß zum mindesten der Bug die östliche Grenze ihres neuen Staates bilden werde; viele von ihnen hofften sogar auf eine noch weiter östlich verlaufende Grenze am Styr. Auch der Verlauf der Grenze nördlich von Brest entspricht durchaus nicht dem, was die Polen glaubten erwarten zu dürfen. Das polnische Problem bekommt durch die Grenze ein ganz neues Gesicht; ob es ein freundlicheres ist, können wir aber erst entscheiden, wenn wir die Konsequenzen kennen, die sich daraus für unsere eigene Ostgrenze ergeben. Die österreichischen Polen haben zunächst dem Ministerium Seidler die Gefolgschaft aufgekündigt.

Das wichtigste positive Ergebnis des Friedens scheinen mir, abgesehen von seiner allgemeinen Wirkung, die wirtschaftlichen Abmachungen zu sein, die den kapitalistischen Unternehmer im zwischenstaatlichen Verkehr zugunsten staatlicher Organe recht erheblich zurücktreten lassen. Wir hoffen, daß dies eine Maßnahme der Übergangswirtschaft bleibt! Von einem Brotfrieden schon heute zu sprechen, scheint mir indessen verfrüht, auch wenn es Herr Graf Czernin tut. Wir hoffen und wünschen, daß es im Laufe der Zeit ein Brotfrieden werde, müssen uns aber doch klar sein, daß der ukrainische Brotkorb noch ziemlich lange recht hoch hängen wird. Selbst wenn die Vorräte der Ukraina im vierten Kriegs- und zweiten Revolutionsjahr noch so große Überschüsse aufspeichern sollten, wie versucht wird uns glauben zu machen, so genügt es auf den Zustand der Transportmittel hinzuweisen, um sich darüber klar zu werden, daß es April werden kann, ehe die Eisenbahnen für die Bewältigung des erforderlichen Warentransportes durchlässig werden. Auf den Donauweg, der berufen ist im deutsch-russischen Massentransport eine große Rolle nach dem Kriege zu spielen, können wir, solange der Friede mit Rumänien nicht zustande gekommen ist, nicht rechnen. Zudem scheinen die Ukrainer sich ein Existenzminimum von nicht unbeträchtlicher Höhe sicherstellen zu wollen, ehe sie Lebensmittel ans Ausland abgeben. Die Ukrainer wollen in erster Linie „fette“ Bauern und Arbeiter und erst in zweiter Linie „reiche“ Exporteure haben: ein durch Krieg und Revolution verängstigtes Bürgertum läßt sich schon im Zaume halten, nicht aber eine hungrige proletarische Masse! Die Waluta braucht der Rada angesichts der großen Reichtümer des Landes vor der Hand weniger am Herzen zu liegen, als die Zufriedenheit der Bevölkerung. Auch dies Moment wird das Tempo der Lebensmittelausfuhr zunächst verlangsamen! Darum wollen

wir auch ruhig bei unserm bisherigen Sparsystem verbleiben und uns durch noch so schöne Berichte über die Schweineherden und Zuckerschätze der Ukraina nicht verleiten lassen, üppig zu werden. Wir könnten sonst noch zuguterlegt in eine mißliche Lage geraten. Es wäre sehr dankenswert, wenn die Regierung die öffentliche Meinung in diesem Sinne beeinflussen wollte. Solch ein Bremsen gehört auch unter die Maßnahmen einer planvoll durchgeführten „Übergangswirtschaft!“

Diese nüchterne Überlegung braucht uns aber die Freude an dem, was in Brest tatsächlich erreicht worden ist, nicht zu verkümmern. Die politische Bedeutung dieses ersten Friedensschlusses, nachdem wir durch dreieinhalb Jahre nur Kriegserklärungen gehört haben, wäre auch dann nicht zu unterschätzen, wenn er uns im Augenblick gar keine wirtschaftlichen Vorteile brächte. Die Bedeutung des Friedens mit der Ukraina liegt in der Tatsache, daß sich überhaupt ein Anfang gefunden hat, daß eine Pforte aufgestoßen werden konnte, die aus der Barbarei des Krieges hinausführt. Solch ein gutes Beispiel wirkt ansteckend.

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir in dem Rücktritt des Ministeriums Bratjanu die erste größere Fernwirkung des Brester Friedens erblicken. Bratjanu war der böse Geist der Politik des Königs Ferdinand, der gegenwärtig auf ukrainischem Boden in Askania nowa, der wegen ihrer kunstvollen Verinselungsanlagen weit über Rußlands Grenzen hinaus bekannten Besizung der Familie Falz-Fein, Hof hält.

Eine weitere Fernwirkung erwarten wir auf Belgien. Tritt zwischen der Ukraina und uns eine wirtschaftliche Annäherung ein, so wird Belgien davon in ganz hervorragendem Maße betroffen. Nicht nur, daß der ukrainische Markt näher an den schlesischen, sächsischen und böhmischen Produktionsstätten liegt wie an den belgischen, — das sind Tatsachen, die weltwirtschaftlich erst nach Eintritt des allgemeinen Friedens fühlbar werden. Belgien ist an dem jetzigen Friedensschluß so besonders interessiert, weil seine Sparer in etwa siebzig Aktiengesellschaften auf ukrainischem Boden rund eine halbe Milliarde Franken angelegt haben. Bei der Kleinheit der belgischen Aktien sind deshalb sehr breite Schichten der belgischen Bevölkerung an der ukrainischen Industrie beteiligt und vielfach sind die Fäden, die seitens unserer Diplomatie zu einem Friedensgarn im Westen verspinnen werden können.

#### Ausblick.

Die Segnungen des Friedens von Brest-Litowsk sind indessen nicht sofort realisierbar. Es hat den Anschein, als müßten sie noch einmal erkämpft werden. Wir stützen unsere Ansicht mit dem Hinweis auf Herrn Trozki. In Litauisch-Brest hat die ruhige und fast zu vornehme Sachlichkeit unserer Unterhändler über die unverhüllte Demagogie der Herren Trozki und Nadel schließlich doch den Sieg davongetragen, weil die Ukraina sich in ihrem staatlichen und kulturellen Dasein durch die Maximalisten Nordrußlands stärker bedroht fühlen mußte als durch einen selbst nicht so günstigen Frieden, wie er mit den Mittelmächten geschlossen worden ist. Die Bedrohung durch Nordrußland ist aber bestehen geblieben. Wenn wir Herrn Trozki recht verstehen, rechnet er folgendermaßen: Nordrußland steht vor der Hungersnot, falls aus der Ukraina nicht Lebensmittel in großen Mengen hereinkommen; die Transportverhältnisse lassen es fraglich erscheinen,

ob es technisch möglich sein wird, die Lebensmittel aus dem Süden heranzuschaffen. Das verhältnismäßig reiche Livland und Estland ist ausgeplündert; die ukrainische Rada dürfte überdies, sobald in der Ukraina normale Lebensbedingungen mit starkem Verkehr nach Westen Platz greifen, nur unter der Bedingung genauer Grenzfestlegungen und der Zurückziehung aller Arbeiter- und Soldatenräte bereit sein, Lebensmittel zu liefern. Da durch solchen Handel das politische Prinzip der Maximalisten durchbrochen würde, muß die Rada beseitigt werden; also heiliger Krieg wider die feindliche Ukraina, die die Nordrussen durch Hunger besiegen will! Abgesehen von diesem Gedankengange dürften sich Trozki und Lenin klar darüber sein, daß die Tage ihrer Regierung gezählt sind, sobald sie versuchen wollten das vagabundierende Volk zu friedlicher Beschäftigung zurückzuführen, solange noch ein „Bourgeois“ auch nur ein Hemde auf dem Leibe hat. Die Füße derer, die die Regierung Lenin-Trozki abzulösen gedenken, stehen in Gestalt der anarchistischen Organisationen Petersburgs bereits vor dem Smolny-Institut. Um die Gefahr für sich wenigstens vorübergehend abzubürden, bleibt Trozki kaum etwas anderes zu tun übrig, als wenigstens den Versuch zu machen, die aufgelöste Armee ebenso wie alle Hungernden Nordrusslands gegen die reiche ukrainische Schwester zu treiben.

Eine wichtige Voraussetzung der Realisierung des Friedensvertrages ist somit, die Ukraina instand zu setzen, sich ihres feindlichen Bruders, der in der Ukraina nicht ohne Anhänger ist, rechtzeitig zu erwehren.

Die Grenze, die gegen einen Einfall der Maximalisten zu sichern wäre, ist annähernd 1600 Kilometer lang. Sie zieht sich im Norden, ausgehend von unseren Stellungen südlich Baranowitschi am Wyganowski-See östlich über Homel, dann in südöstlicher Richtung bis an und über den Don und von Zelanst südlich bis etwa Nowo Rossijst am Schwarzen Meer. Dabei käme es besonders darauf an, das Industriegebiet des Donezbeckens und die Stadt Charkow zu sichern, wo ein starkes revolutionäres Proletariat vorhanden ist.

Trifft die hier vorgetragene Auffassung zu, so dürfte sich auch für uns eine militärische Aufgabe ergeben, die in der Besetzung der ukrainischen Grenze nördlich des Pripet und in der Säuberung Livlands und Estlands von maximalistischen Banden gipfelte; denn Herrn Trozki's Einstellung des Krieges bedeutet nicht Herstellung friedlicher Zustände und deren Sicherung durch ein Zusammenwirken der beiderseitigen Staatsorgane. Herrn Trozki's Verfahren ist durchaus passiv; an uns ist es, festzustellen, wie weit wir die aus solchen Auffassungen erziehende Anarchie kommen und wirken lassen wollen.

Wir müssen also als nächstes Ergebnis des Friedens von Brest ein Wieder-aufleben des Krieges im Osten mit in den Kauf nehmen. Er dürfte kaum noch sehr blutig werden, aber manche Strapaze erfordern. Aber die sich eröffnenden Ausblicke sind auch der geforderten Anstrengungen wert. Hier gilt es, ein reiches Land und ein begabtes Volk kulturellem Eigenleben zuzuführen und ihm eine friedliche staatliche Entwicklung zu sichern. Ein Blick auf die physikalische Karte der Ukraina zeigt uns schon die größte der Aufgaben, die zu leisten die Ukrainer durch den Frieden von Brest moralisch verpflichtet werden: die Erschließung des Stromgebiets des Dnjepr. Es scheint der Sinn der Grenzführung im Norden und Westen zu sein, nicht nur ethnographischen Gesichtspunkten gerecht zu werden,

sondern mehr noch dem Volk auch die volle Verantwortung für ein Wasserstraßensystem zu übertragen. Dnjepr und Pripet könnten, einmal schiffbar gemacht, für Osteuropa eine ähnliche Bedeutung gewinnen, wie sie die Donau für Mitteleuropa hat. Die Trockenlegung der Pripet Sümpfe und die Beseitigung der Stromschnellen am Unterlauf des Dnjepr sind nächst den vorhandenen Reichtümern die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Selbständigkeit des Landes.

Ich muß mir leider versagen, die in diesen Zeilen angeschlagenen Probleme tiefer anzufassen. Die staatsbildenden Faktoren der Ukraina habe ich vor drei Jahren an dieser Stelle dargestellt. In Zukunft werden wir uns öfter mit dem jungen Staate zu beschäftigen haben, an dessen gefahrenumbrandeter Wiege wir stehen. Möge der Friede von Brest der Ausgangspunkt eines Zusammenwirkens zwischen Deutschen und Ukrainern werden, das uns befähigte, unsern Friedenswillen der Welt gegenüber glücklicher zu vertreten, wie in den Jahren vor dem Weltkrieg. Möge aus dem Friedensschluß ein Bündnis der Arbeit erwachsen.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

**Annectieren.** Es ist in unseren Tagen so viel von Annexionen die Rede, daß es an der Zeit scheint, einmal dem Ursprung des Wortes nachzugehen, das im Deutschen nicht zufällig Fremdwort ist. Aus lateinisch *annectere* ist das Zeitwort schon im sechzehnten Jahrhundert ins Deutsche gelangt: in der Form *annection* bucht es sogleich das erste Fremdwörterbuch unserer Sprache, das Simon Roth in Augsburg 1571 hat drucken lassen. Die Bedeutung ist hier, dem Latein entsprechend, „aneinanderknüpfen“, und so bleibt es bis ins 19. Jahrhundert, z. B. kennt noch Campes Fremdwörterbuch von 1811 allein diese Bedeutung. Inzwischen hatte bei unseren gegenwärtigen Feinden im Westen eine über das Substantiv (lat. *nexus*) geleitete Entwicklung zu französisch *annexer*, englisch *to annex* geführt. Als im Jahre 1845 die Vereinigten Staaten dem benachbarten Mexiko den Staat Texas abnahmen, da fanden die Yankee für ihren Raub den milden Ausdruck *annex*, der alsbald europäisches Zeitungswort wurde und in der Form *annexieren* nach Deutschland gelangte. Amtlich das Wort zu gebrauchen hatte in Europa seit etwa 1860 vor allem die Diplomatie des Empire-la-paix Anlaß, namentlich bei ihrer Politik gegen Sardinien und Savoyen. Das amerikanische Vorbild bleibt dabei lebendig, so urteilt im Jahre 1865 Heinrich von Treitschke, „Historische Aufsätze“ S. 536: „Napoleon der Dritte hat sein berufenes Wort Annexion dem ameri-